

**Kriminologie in den 80er Jahren:
Progressive Alternativen zu „law and order“***

Tony Platt**

Institute for the Study of Labor and Economic Crisis,
San Francisco

Seit ihren Anfängen vor einigen Jahrzehnten ist die „Radikale Kriminologie“ zu einer ernsthaften, komplexen akademischen Spezialisierung gereift und hat sich fest im Bereich der Sozialwissenschaften etabliert. Man kann allerdings nicht länger davon ausgehen, daß es eine einzelne „Radikale Kriminologie“ gibt. Statt dessen existieren verschiedene Strömungen, und es finden sehr lebhaft Debatten zwischen Marxisten, Radikalen und progressiven Liberalen statt.

In diesem Beitrag möchte ich mich einer wichtigen Debatte, die auf beiden Seiten des Atlantik stattfindet, widmen: dem Problem, wie die Progressiven auf die rechten „law and order“ Kampagnen reagieren sollten. Ich werde zunächst die wichtigsten Elemente dieser Debatte zusammenfassen, dann kritisch kommentieren und mit einer Reihe von Vorschlägen für die Zukunft schließen.

Die Ideen dieses Beitrags repräsentieren einige der Diskussionen, die im Institute for the Study of Labour and Economic Crises (ISLEC) in San Francisco sowie in einer unserer Publikationen, der Zeitschrift „Crime and Social Justice“, geführt werden. Da diese Überlegungen immer noch im Entwicklungsstadium sind, würden wir uns über Ihre Kommentare und Vorschläge freuen.

Der erste Teil dieses Beitrags basiert teilweise auf der Arbeit von Paul Takagi. Die Erläuterungen zum Thema „Sozialismus und Kriminalität“ spiegeln die derzeit laufenden Forschungen von John Horton wider. Der gesamte theoretische Analyserahmen stützt sich zum größten Teil auf die theoretische Arbeit von Marlene Dixon, der Direktorin des Forschungsbereichs in unserem Institut.

Progressive Alternativen zu „law and order“

Das Anwachsen der Rechten mit ihrer „law and order“ Politik ist in Nordamerika, England und Australien breit

zur Kenntnis genommen und kommentiert worden. Es ist sehr viel, meist in der Form von Exposés, über die spezifischen nationalen Formen und deren Beziehung zur weltweiten Krise des Kapitalismus geschrieben worden. In den Vereinigten Staaten sind wir mit den verschiedenen Manifestierungen von „law and order“, wie ansteigender Vollzugspopulation, Rückkehr zur Todesstrafe, Einführung der strikt bemessenen Vergeltungsstrafe, restriktivere Gesetze, „Deregulation“ der CIA und des FBI etc., bestens vertraut.

Das Anwachsen und die Erfolge der Rechten haben eine umfangreiche Diskussion über deren Erscheinungsbild und über zukünftige Aktivitäten, um diesem Trend zu begegnen, ausgelöst. Das Versäumnis der Linken, sich ernsthaft mit dem Problem „Straßen“kriminalität auseinanderzusetzen und progressive Alternativen zu „law and order“ zu entwickeln, ist zu einem kontrovers diskutierten Thema geworden. Als wichtige Beispiele für diese Diskussion lassen sich die Arbeiten von Stuart Hall (1978), E. P. Thompson (1980), Ian Taylor (1981) und Thomas Mathiesen (1980) anführen. In den USA ist eine ähnliche Einschätzung in der Entstehung begriffen (vgl. z. B. Elliott 1982). Um diese Diskussion zu vertiefen, bemüht sich „Crime and Social Justice“ (ein ISLEC-Journal) eine große Bandbreite von Beiträgen von Liberalen und Marxisten zum Thema: Progressive Alternativen zu „law and order“ zu erhalten. Diese Diskussion begann in „Crime and Social Justice“, No. 17 mit dem Beitrag von Bertram Gross: „Some Anticrime Proposals for Progressives“ und setzte sich in den beiden nächsten Ausgaben fort.

Bevor ich zu unserer Kritik dieser linken Ansätze zur Kriminalitätskontrolle übergehe, ist es sinnvoll, kurz die Hauptargumente und gegensätzlichen Positionen zusammenzufassen.

1. Das Versagen der Linken und Progressiven, Alternativen zur Rechten vorzubereiten. Gross kritisiert die Linke, weil sie Kriminalität nicht ernst nimmt und keine progressiven Alternativen zu „law and order“ entwickelt. Zu diesem Punkt herrscht unter den an der Diskussion Beteiligten generelle Übereinstimmung – wenn auch mit verschiedenen Schwerpunkten. Der „Abstentionismus“ der Linken, bemerkt Ian Taylor (1982), hat der Rechten die Möglichkeit geschaffen, sich die aufrichtigen Ängste und die Besorgnis der Menschen über Kriminalität zunutze zu machen. Wir müssen „law and order“ ernst nehmen, sagt Alan Hunt (1982). „Über neue Formen linker Überzeugung nachzudenken und die allgemeinen Ängste ernst zu nehmen“, ist „in der derzeitigen politischen Situation lebenswichtig“, pflichtet Taylor (1982) bei. Die Verantwortung für dieses

Versagen tragen etwa gleich verteilt sowohl die Liberalen, als auch die Radikalen und Marxisten. „Liberalen und Radikale haben es versäumt, politisch überzeugende Programme zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität anzubieten,“ sagt Gross (1982). Cullen und Wozniak, aus einer liberalen Perspektive schreibend und „mit einigem Zittern, daß . . . unsere liberale Perspektive von den Radikalen sehr schnell in Abrede gestellt werden wird“, kritisieren die Linke wegen der Konzentration auf langfristige, strukturelle Änderungen der politischen Ökonomie zu Lasten von kurzfristigen Reformen. Schließlich folgert Platt (1982), daß die Einstellung der Neuen Linken gegenüber Kriminalität politisch unreif und strategisch konfus war, sowie letztlich ihre kleinbürgerliche Weltsicht und Klassenlage widerspiegelt.

2. *Ideologische Auseinandersetzung.* Es wird betont, daß es für die Linke (ich gebrauche diesen Begriff sehr breit, um alle progressiven Liberalen einzuschließen) unbedingt notwendig sei, sowohl den Falschinformationen der Rechten zu begegnen, als auch diese in die ideologische Auseinandersetzung einzubeziehen. Cullen und Wozniak (1982) z. B. betonen, daß wir etwas ähnliches wie „truth squads“ benötigen, um „den Leuten zu zeigen, daß eine ‘Politik der Härte‘ (get tough policies) nicht viel nützt: sie wird weder die Kriminalität verringern oder die Gemeinde sicherer machen, noch wirkliche Unterstützung und Hilfe für die Opfer bieten; mehr noch, sie wir eine exorbitante Summe Geldes verschlingen, die besser für etwas anderes verwendet werden könnte.“ Zusammengefaßt bedeutet das, sie fordern die Kriminologen auf, Vernunft und Klarheit in die öffentliche Debatte über „law and order“ zu bringen. – Ein verwandter, wenn auch unterschiedlicher Standpunkt, wird von Boehringer et al. (1983), Taylor (1982) und anderen aus der „Schule“ um Stuart Hall vertreten. Sie betonen, daß Kriminalität verstanden werden muß – um mit Ian Taylors Worten zu reden – als eine „ideologische Konstruktion“ und daß, laut Boehringer und seinen australischen Kollegen, „ideologische Verständlichkeit“ lebenswichtig für das Verstehen und Bekämpfen der Erfolge der Rechten ist. Im Rahmen dieser Betrachtungsweise wird das Ansteigen von „law and order“ in bezug zur größeren Krise von politischer Autorität, die die Rechte ausnutzt, um einen neuen „autoritären Populismus“ aufzubauen, gesetzt. Die zentrale Aufgabe, vor der die Linke steht, ist nicht so sehr das Zusammentragen rationaler Informationen, als vielmehr die „Herstellung alternativer Weltanschauungen“ (Boehringer et al. 1983).

3. *Kurzfristige Reformen im System strafrechtlicher Sozialkontrolle (criminal justice).* Es scheint generelles Einver-

ständnis mit Gross (1982) zu bestehen, daß das System strafrechtlicher Sozialkontrolle nicht der Rechten und den Vertretern von „law and order“ überlassen werden kann. Die Linke war zu sehr mit einer „hypothetischen sozialistischen Zukunft“ beschäftigt, vermerkt Gross. Platt (1982) unterstützt diese These in seiner Kritik des Utopismus der Neuen Linken, insbesondere durch den Hinweis auf deren Versagen beim Problem der „Straßenkriminalität“. Um diese Liste von „Abstentionismus“ zu korrigieren, ist eine ganze Reihe von Vorschlägen zu kurzfristigen Reformen im System strafrechtlicher Sozialkontrolle gemacht worden. Viele von ihnen klingen geläufig und hören sich ähnlich wie liberale Vorschläge der 60er und 70er Jahre an: Krisenzentren für Vergewaltigte, Begleitdienste für die Alten, Schutzstreifen in der Gemeinde, Hilfe für Opfer (Gross befürwortet einen „Gesetzentwurf über die Rechte von Opfern“, der ironischerweise denselben Namen wie ein Antrag der Rechten in Kalifornien trägt), ein Abkommen zum Stopp von Gefängnisbauten, Wiederbelebung von Rehabilitations- und Arbeitsprogrammen, Abschaffung restriktiver Vergeltungsstrafen, Stärkung der Rechtsposition von Gefangenen, etc. Sowohl Platt (1982), aus marxistischer Perspektive schreibend, wie auch Cullen/Wozniak, aus liberaler Sicht schreibend, schlagen sehr ähnliche kurzfristige Reformen vor. Alle an der Diskussion Beteiligten erkennen unter den gegebenen nicht-revolutionären Bedingungen die Notwendigkeit dieser Form von Intervention an. Zur gleichen Zeit stimmen sie auch darin überein, daß liberale Reformen per se nicht ausreichen. Da diese in den 60er und 70er Jahren, wo in Washington die Liberalen an der Regierung waren, nicht wirkten, werden sie in den 80er Jahren mit der Reagan-Verwaltung an der Macht sicher nicht wirken. Deshalb ist, wie Gross (1982) es formuliert, „was benötigt wird, ein Anti-Kriminalitätsprogramm, das liberale 'Beruhigungsmittel' einschließt, aber über diese hinausgeht.“

4. Langfristige strukturelle Veränderungen in der Politischen Ökonomie. In wechselndem und unterschiedlichem Maße sind sich die Autoren darin einig, daß kurzfristige Reformen des Systems strafrechtlicher Sozialkontrolle mit langfristigen strukturellen Veränderungen der Politischen Ökonomie verbunden sein müssen, um irgendwelchen sofortigen Nutzen zu erzielen (vgl. zu dieser Problematik, bezogen auf die Polizei, ausf. Platt et al. 1982, speziell die beiden letzten Kapitel). Es gibt viele, allseits geläufige Vorschläge für langfristige Reformen: Vollbeschäftigung (speziell als Mittel zur Reduzierung der Gefängnispopulation), Umdefinition der Prioritäten der Strafrechtspflege mit dem Ziel, Gewalt gegen Frauen, Unternehmens-, „kriminalität“, Korruption der Regierung, Verletzung von Gesund-

heits- und Sicherheitsbestimmungen, rassistische Gewalt etc. in den Mittelpunkt zu rücken; Reform des Steuerwesens; Dezentralisierung des politischen und ökonomischen Systems, um die lokale Kontrolle zu vergrößern; Anhebung der Mindestlöhne, etc. (Cullen und Wozniak, 1982; Boehringer et al., 1983; Michalowski, 1983). Aus diesen Vorschlägen ist nicht immer klar ersichtlich, wie oder warum langfristige Veränderungen in der Politischen Ökonomie Reformen im System strafrechtlicher Sozialkontrolle bewirken oder verstärken (ausgenommen die detailliert belegte Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Gefangenquote).

5. *Kontrolle durch die Gemeinde.* Die meisten an der Diskussion mitwirkenden Autoren betonen, daß genuine Reformen des strafrechtlichen Sozialkontrollsystems nur durch Bürgerinitiativen und Mobilisierung auf lokaler Ebene machbar seien. Begriffe wie „lokale Kontrolle“ und „Gemeinde“ werden in diesem Zusammenhang oft austauschbar verwandt. Gross (1982) fordert Programme zum Schutz der Gemeinde und Selbsthilfeinitiativen, wobei er die Guardian Angels (eine Schutztruppe von Schwarzen für Schwarze – Anm. des Übersetzers) und vergleichbare Experimente in Santa Monica, Cal., anführt. Taylor (1982) führt erfolgreiche Reformen (z. B. zur Einschränkung der Übergriffe durch die Polizei) durch die „Bennite Left“ in Englands „little Moscovs“ an. Bute (1982) befürwortet „Nachbarschaftskontrolle“ der Finanzmittel und des Bildungswesens. Boehringer (1983) fordert „authentische“ Formen von Gesellschaftsjustiz, während Raymond und Michalowski (1983) Kriminalpräventionsprogramme der Gemeinde und Systeme von Nachbarschaftsjustiz fordern, so daß die Menschen „Verantwortung für ihre eigene Existenz“ übernehmen können. Viele dieser Vorschläge befürworten einen vagen Populismus und spiegeln den Schwerpunkt der Neuen Linken auf den lokalen Ansatz wider. „Gemeinde“ wird im allgemeinen bildhaft aufgefaßt und in klassenloser Begrifflichkeit dargestellt.

6. *Warnungen und Vorbehalte.* Die Versuche, progressive Alternativen zur „law and order“ Politik zu konstruieren, sind nicht ohne Probleme und Widersprüche. Die meisten Autoren haben Vorbehalte und nagende Zweifel gegenüber ihren eigenen Vorschlägen. Gross (1982) warnt davor, daß „gemeindebezogene Anti-Kriminalitätsprogramme noch im Erprobungsstadium sind und ein Potential von Selbstjustiz mit sich führen, das wachsam beobachtet werden sollte“. Er führt außerdem an, daß Vollbeschäftigung „mehr ein Ideal ist als ein Ziel, das verwirklicht werden könnte“, zumindest in der nahen Zukunft. Boehringer und seine Kollegen (1983) machen sich ebenfalls über die Selbstjustiz, die Kooptierbarkeit von Reformen und den Idealismus Gedanken. Michalowski (1983) und Boostrom/Henderson (1983)

betonen, daß effektive Gemeindeprogramme „problematisch“ sind, sehr leicht kooptiert und gegen die Gemeinde gewandt werden können, sowie zu Selbstjustiz etc. führen können. Ähnlich warnt Platt (1982) vor Inkrementalismus und Idealismus, wo man vor lauter Wald die Bäume nicht mehr sieht.

Kritik

In den letzten Jahren hat die Linke endlich erkannt, wie gefährlich es ist, den Rechten die „law and order“-Problematik zu überlassen. Viele progressive Intellektuelle und Aktivisten erkennen heute die Notwendigkeit der Entwicklung verschiedener Kombinationen von kurzfristigen Reformen und längerfristigen, strukturellen Änderungen. Sie betonen die Notwendigkeit von „lokaler“ und „Gemeinde“-kontrolle, von sofortigen Interventionen in das System strafrechtlicher Sozialkontrolle. Insgesamt ist dies eine positive Entwicklung. Die „radikale“ Richtung der Kriminologie, speziell in den USA, war sehr häufig utopisch und stand über und weit entfernt von den praktischen, alltäglichen Konsequenzen der Kriminalität und des staatlichen Strafverfolgungsapparats in Arbeitervierteln. Als „radikale Kriminologie“ immer radikaler wurde, entfernte sie sich ebenso immer mehr von jeder Basis im Volk. Keineswegs überraschend existierte eine starke Ultralinksneigung, speziell auf die Gefangenenbewegung bezogen, in der „radikalen Kriminologie“. Deshalb ist dieser neue, praxisorientierte und wirklichkeitsbezogene Wandel innerhalb der progressiven Kriminologie zu begrüßen, weil er Intellektuellen und Aktivisten die Möglichkeit zu gemeinsamen Aktionen bietet. Als positiv ist diese Entwicklung auch deshalb zu sehen, weil erstmals seit vielen Jahren eine Entspannung zwischen Liberalen und Linken zu verzeichnen ist. Der Zusammenbruch des „New-Deal“-Liberalismus hat viele Intellektuelle zu den Linken getrieben (allerdings noch wesentlich mehr zu den Rechten) und einen Dialog über die Grenzen des Liberalismus eröffnet. Die letzte Ausgabe von „Crime and Social Justice“ repräsentiert einen Versuch zur Herstellung von Gemeinsamkeit – soweit dies möglich ist –, um eine möglichst breite Oppositionsbasis gegen den Reaganismus zu schaffen.

Gleichzeitig müssen wir einen kritischen Blick auf die gegenwärtigen Debatten innerhalb der Progressiven Kriminologie behalten, weil es immer noch viele problematische und ungelöste Fragen gibt. In England z. B. wird eine leidenschaftliche Debatte über Rassismus und Kriminalität geführt (über die in „Crime and Social Justice“ No. 20 berichtet werden wird). In den USA wird sehr viel über progressive Alternativen zu „law and order“ geredet, aber wenig gehandelt.

Bevor es zu Aktionen kommt, scheint es angebracht, einige kritische Fragen zu erörtern.

1. *Idealismus.* Viele Vorschläge für Handlungsstrategien, die wir diskutiert haben, sind fortschrittlich, vernünftig und zweckmäßig. Aber sie sind größtenteils nur Pläne für Handlungen, abgehoben von den praktischen Realitäten der Welt. Ohne konkrete Diskussion, wie progressive Vorschläge zu implementieren sind, bleiben sie unausweichlich idealistisch und utopistisch. Es macht keinen Unterschied, daß sie im Gegensatz zu den langfristig angelegten, strukturbezogenen Zielen oder Idealen „praktisch“ und „direkt anwendbare“ Vorschläge sind. Ein „praktischer“ Vorschlag ist idealistisch, wenn er nicht die materiellen Bedingungen, Taktiken und Strategien sowie das politische Klima etc. berücksichtigt. Wie Hunt (1982) es ausdrückt, müssen wir Slogans über „volksnahe, sozialistisch demokratische Politik“ mit „Inhalt füllen“. Es existiert zu viel „modische Rhetorik“ und „nur eine sehr kleine Basis zur Umsetzung der vorgeschlagenen Strategie“.

2. *Das Fehlen einer Klassenanalyse.* Es werden ferner bemerkenswert wenig Diskussionen über die Betreiber der Reformen geführt, speziell über ihre Klassenbasis und die organisatorische Form. Die Debatte über „law and order“ wird zum größten Teil von einer kleinbürgerlichen, sozialdemokratischen Überzeugung dominiert. Ian Taylor (1982) führt an, daß Basisaktionen nur erfolgreich sein werden, wenn sie sich an der Klassenlage orientieren. Aber dann fährt er fort, für den linken Flügel der englischen Labour Party zu werben, ohne irgendeine Art ernsthafter Klassenanalyse zu betreiben. Er übergeht ohne ernsthafte Diskussion „demokratisch zentralistische“ Formen der Organisation und behauptet, daß der Traum gemeindebezogener Politik „nur über die Demokratisierung der bestehenden ‘progressiven’ Partei (Labour) in eine sozialistische, feministische und antirassistische Bewegung erreicht werden kann“ (Hervorhebung durch den Verfasser). Das ist keine Klassenanalyse, das ist blanker Dogmatismus, da es zumindest fraglich ist, ob eine umgestaltete Labour Party zum Organ einer Volksdemokratie werden wird.

Die Probleme in Taylors Analyse kehren in der gesamten Debatte immer wieder. Bute (1982), über die USA schreibend, fordert die Mobilisierung auf der „Nachbarschafts“-ebene durch eine Koalition von „organisierter Arbeiterschaft, Gemeindeorganisationen und örtlichen politischen Führern . . .“. Es finden sich nicht viele Beweise, falls überhaupt, die die Annahme erlauben, daß diese Kräfte in irgendeiner Form repräsentativ für die Mehrheit der Bevölkerung sind. De facto kann davon ausgegangen werden, daß ihre Politik und ihre Handlungen seit dem 2. Weltkrieg im

Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse standen. Man bedenke nur z. B. das Versagen der organisierten Arbeiterschaft, die nichtorganisierten Arbeiter zu organisieren, die Rolle der „Gemeindeführer“ bei der Befriedung der Auseinandersetzungen und des Widerstands in den 60er Jahren, die Kollaboration von „Gemeindeorganisationen“ mit der Regierung im sog. „Kampf gegen Armut“ (War on Poverty) und den raschen Aufstieg selbsternannter „Gemeindeführer“. Es gibt keinen Grund zur Annahme, daß diese Kräfte, in der derzeitigen Zusammensetzung, sich für „Nachbarschafts“-interessen einsetzen werden. Dieser idealistische Ansatz wird auch von Michalowski (1983) vertreten, der anscheinend spontane Formen der Volksjustiz befürwortet und vor den Gefahren des „Bürokratismus“ warnt. Wie aber sollen solche Bemühungen organisiert und artikuliert werden? Führt Widerstand ohne Organisation nicht notwendigerweise zur Zersplitterung und garantiert damit das Versagen? Boehringer et al. (1983) führen aus, daß die Linke ein „alternatives Weltbild“ zur Rechten zu konstruieren und sich „an dem Kampf zu beteiligen habe“. Hierbei schenken sie erneut dem organisatorischen wie dem Klassenkontext wenig Aufmerksamkeit. Sie fordern die Mobilisierung von progressiven Intellektuellen und deren Beteiligung an politischen Aktivitäten in der Gemeinde, sprechen aber nicht die Schwierigkeit der Gewinnung von Intellektuellen für diese Art Verpflichtung und Verantwortung an. Mit starken Organisationen der Arbeiterklasse ist das möglich, wenn auch immer noch schwierig, wie dies von Antonio Gramsci und vielen anderen nach ihm betont worden ist.

3. *Sozialismus und Kriminalität.* Ich habe schon angeführt, daß die neue Beachtung, die kurzfristigen kriminalpolitischen Reformen geschenkt wird, eine zu begrüßende Korrektur des Utopismus früherer Jahre darstellt. Gleichzeitig besteht jedoch eine reale Gefahr, daß diese Tendenz nicht mehr vom wenig erfolgreichen Liberalismus der 60er und 70er Jahre unterscheidbar wird und die Suche nach langfristigen strukturellen Lösungen aufgegeben wird. Diese Gefahr hat einen Teil ihrer Wurzeln im Opportunismus, der immer dann zu Tage tritt, wenn es um kurzfristige Reformen geht. Aber sie resultiert auch sehr aus dem Versagen der „radikalen“ und „neuen“ Kriminologen, sich mit Kriminalität und strafrechtlicher Sozialkontrolle unter sozialistischen Bedingungen auseinanderzusetzen. Wie Horton (1983) und Platt (1983) in einem jüngeren, unveröffentlichten Beitrag festgestellt haben, gehen die „linken Idealisten“ entweder über das Fortbestehen von anscheinend kapitalistischen, kriminellen Verhaltensweisen in sozialistischen Gesellschaften hinweg oder sie spielen sie herunter, wogegen „rechte Idealisten“ genau diese Verhaltensmuster

überbewerten, um auf die Universalität von Kriminalität in „modernen Gesellschaften“ hinzuweisen. Das wohl gebräuchlichste „linksidealistische“ Argument ist, daß Kriminalität im Sozialismus als ideologisches und materielles Überbleibsel des Kapitalismus fort dauert und schließlich verschwindet. Ein solches Verständnis ist intellektuell träge und falsch, ist eine Rechtfertigung, die Kriminalität auf materielle Bedingungen der Vergangenheit reduziert, anstatt sie als weiterbestehendes, dynamisch soziales Phänomen der Gegenwart zu betrachten. Die „linken Idealisten“ haben es nicht geschafft zu erklären, warum in sozialistischen Ländern generell weniger Kriminalität existiert, warum es sie dort noch gibt, oder warum es eine im Zeitverlauf bedeutsam schwankende Kriminalitätsrate gibt. In der Zwischenzeit haben die „rechten Idealisten“ eine Offensive gestartet, um zu zeigen, daß Kriminalität in sozialistischen Ländern entweder das Versagen des Sozialismus oder deren Universalität bestätigt.

In derselben Weise, wie die Rechte die „law and order“ Debatte in den USA monopolisiert, haben auch die „rechten Idealisten“ die Initiative in der internationalen Arena ergriffen. Es reicht für die Progressiven nicht aus, Alternativen nur auf nationaler Ebene zu entwickeln. Wir müssen außerdem auf internationaler Ebene in die Debatte über Sozialismus und Kriminalität eintreten. Dies zu ignorieren hieße, die Suche nach langfristigen strukturellen Lösungen einzustellen.

Überlegungen für zukünftiges Handeln

Ich habe in diesem Beitrag versucht, neue wichtige Tendenzen in der progressiven nordamerikanischen Kriminologie zusammenzufassen. Ich habe ebenso einige der Limitierungen und Probleme dieser neuen Richtung angesprochen. Ich möchte mit einigen kurzen Kommentaren über zukünftige Diskussionspunkte und Fragen schließen.

1. Derzeitige Vorschläge für sofortige, kurzfristige Reformen haben viel mit den liberalen Vorschlägen der 60er und 70er Jahre gemeinsam. Die minimalen Fortschritte, die damals erzielt wurden – ambulante Alternativen, zivile Kontrolle der Polizei, Stärkung der Rechte von Gefangenen etc. – gingen schnell verloren. Die staatliche Bürokratie strafrechtlicher Sozialkontrolle hat sich weiter von jeder Art Kontrolle durch die Bevölkerung entfernt und wird zunehmend durch Verwaltungsinteressen kontrolliert. Wir müssen uns sehr viel deutlicher klarmachen, warum Strafjustiz auch den bescheidensten Reformen widersteht, warum Versuche, das Wesen und die Herrschaft des Systems strafrechtlicher Sozialkontrolle zu demokratisieren, so leidenschaftlich bekämpft werden.

2. Es existieren viele Vorschläge zur Veränderung unterschiedlicher Aspekte des Systems strafrechtlicher Sozialkontrolle. Es muß darüber diskutiert werden, welche Probleme und Fragen in den Mittelpunkt gestellt werden sollen. Wir müssen ferner darüber diskutieren, wie wir strategisch und taktisch klug eine breite Unterstützungsbasis mobilisieren können, wobei gleichzeitig der Apparat strafrechtlicher Sozialkontrolle selbst herausgefordert wird. Beispielsweise kann eine Kampagne zur strafrechtlichen Verfolgung und Anklage von Unternehmenskriminalität viele Menschen vereinen und gleichzeitig den Klassencharakter der bürgerlichen Justiz aufdecken. Zu viele Reformkampagnen für zuviel verschiedene Ziele sind ohne die Unterstützung einer breiten Basis von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

3. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie eine breite, klassenübergreifende Basis für einen progressiven Aktivismus mobilisiert werden kann, die Professionsangehörige zwar einschließt, aber nicht von ihnen dominiert wird. Wir müssen außerdem analysieren, warum es so schwierig ist, Professionsangehörige im Kampf für soziale Gerechtigkeit zu aktivieren.

4. Entsprechend müssen wir uns näher mit dem organisatorischen Kontext und den Formen des Kampfes befassen. Warum können wir uns nicht auf die Demokratische und Republikanische Partei stützen, auf die Gewerkschaftsbürokratie, auf die etablierten Gemeindeführer und -organisationen, um den Kampf für soziale Gerechtigkeit voranzutreiben? Welche Arten von politischen und gemeindenahen Organisationen sind erforderlich, um einen erfolgreichen Kampf wenigstens für minimalste Reformen führen zu können? Warum lösen sich spontane und begrenzte Kämpfe so schnell auf? Die Antwort auf diese Fragen wird uns helfen, den Idealismus der gegenwärtigen Diskussion mit „Inhalt“ zu füllen.

5. Die Konzentration auf sofortige Reformen kann nicht den Bedarf für eine makroskopische Analyse globaler Entwicklungen im Bereich der Kriminalität und Strafjustiz beseitigen. Marxisten, die den Sozialismus als langfristige Perspektive zur Lösung der Ungerechtigkeiten der Strafjustiz sehen, haben die Verpflichtung, eine materialistische und klassenorientierte Analyse von sozialistischer Justiz zu erstellen. Rosarote Proklamationen über Sozialismus helfen nicht viel weiter und reichen nicht aus. Es ist durchaus legitim von Leuten, nach den Erfahrungen sozialistischer Nationen und den Lektionen, die beim Aufbau einer sozialistischen Strafjustiz gemacht wurden, zu fragen. Wir brauchen einen theoretischen Rahmen, der auch anspricht, wie „kapitalistische“ Verhältnisse innerhalb „sozialistischer“

Länder das Weiterbestehen von Ungleichheit und kriminalitätsfördernden Bedingungen erhalten (Horton/Platt 1983).

* Die Redaktion dankt dem Institute for the Study of Labor and Economic Crisis (ISLEC) für die Überlassung des Artikels.

** Übersetzung von Helmut Janssen, Universität Heidelberg

Literatur

- BOEHRINGER, G. / BROWN, D. / EDGEWORTH, B. / HOGG, R. / RAMSAY, I., „Law and Order“ for Progressives? An Australian Response, in: *Crime and Social Justice* 19, 1983
- BOOSTROM, R. / HENDERSON, J., Community Action and Crime Prevention: Some Unresolved Issues, in: *Crime and Social Justice* 19, 1983
- BUTE, J., Crime and Community: Strategies for the Left, in: *Crime and Social Justice* 18, 1982
- CULLEN, F. / WOZNIAK, J., Fighting the Appeal of Repression, in: *Crime and Social Justice* 18, 1982
- CURRIE, E., „Crime and Ideology“ and „Fighting Crime“, Working Papers, 1982
- GROSS, B., Some Anticrime Proposals for Progressives, in: *Crime and Social Justice* 17, 1982
- HALL, S., *Drifting Into a Law and Order Society*, London 1979
- HALL, S. / CRITCHER, C. / JEFFERSON, T. / CLARKE, J. / ROBERTS, B., *Policing the Crisis: Mugging, the State, and Law and Order*, New York 1978
- HORTON, J. / PLATT, T., *Crime and Criminal Justice under Capitalism and Socialism: Towards a World-System Perspective*, unveröffentl. Manuskript, San Francisco 1983
- HUNT, A., Law, Order, and Socialism: A Response to Ian Taylor, in: *Crime and Social Justice* 18, 1982
- MATHIESEN, T., *Law, Society and Political Action*, London 1980
- MICHALOWSKI, R., Crime Control in the 1980s: A Progressive Agenda, in: *Crime and Social Justice* 20, 1983
- PLATT, T., Crime and Punishment in the United States: Immediate and Long-Term Reforms From a Marxist Perspective, in: *Crime and Social Justice* 18, 1982
- PLATT, T. et al., *The Iron Fist and the Velvet Glove: An Analysis of the U.S. Police*, San Francisco 1982
- TAYLOR, I., *Law and Order: Arguments for Socialism*, London 1981
- TAYLOR, I., Against Crime and For Socialism, in: *Crime and Social Justice* 18, 1982
- THOMPSON, E. P., *Writings by Candlelight*, London 1980

Sept. 1983

2701 Folsom Street, San Francisco, Cal. 94110